

V449/20
öffentlich



CSU-Fraktion, Unterer Graben 77, 85049 Ingolstadt

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Christian Scharpf

D 18.09.2020
atum
Telefon (0841) 9 38 04-15
Telefax (0841) 9 38 04-24
E-Mail fraktion@csu-ingolstadt.de

**Wohnheim für Pflegekräfte u. a.
-Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 18.09.2020-**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die CSU-Stadtratsfraktion stellt folgenden **Antrag**:

1. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft Ingolstadt (GWG) ein geeignetes Grundstück zur Errichtung eines Wohnheimes für Pflegekräfte angeboten werden kann.
2. Von der GWG soll in Abstimmung mit der Stadt Ingolstadt ein Konzept zur Errichtung und zum Betrieb eines Wohnheims für Pflegekräfte u. a. erarbeitet werden. Mit dem Konzept soll kostengünstiger Wohnraum geschaffen werden. Gegebenenfalls kann die Stadt die Errichtung des Wohnheimes mit einem Baukostenzuschuss direkt unterstützen, um den Mietpreis niedrig zu halten.

Begründung:

Der Pflegebereich steht hinsichtlich der demografischen Entwicklung in Ingolstadt wie in ganz Deutschland vor großen Herausforderungen. Die Gewinnung von qualifiziertem Personal gestaltet sich für Pflegedienstleister äußerst schwierig, weil immer weniger junge Menschen sich für eine Ausbildung im Bereich der Pflege entscheiden.

In Ingolstadt wurde seit Beginn des verstärkten Zuzuges von Menschen aus Krisengebieten u.a. im Rahmen des Schulversuchs „Erweiterte Pflegefachhelferausbildung für Flüchtlinge und Asylbewerber“ gezielt darauf hingewirkt, dass junge geflüchtete

Erwachsene eine Ausbildung im Pflegebereich absolvieren können.

Auch aus dem europäischen Ausland interessieren sich viele junge Menschen für einen Pflegeberuf. In der Vergangenheit hat sich jedoch gezeigt, dass sich gerade in Regionen mit hohen Mietpreisen kein geeigneter Wohnraum findet, was den Antritt einer beruflichen Tätigkeit in vielen Fällen scheitern lässt. Die Ausbildungsvergütung reicht meist nicht aus, um in Ingolstadt eine bezahlbare Wohnung zu finden. Das gleiche Problem stellt sich teilweise auch für Auszubildende im Bereich der Kinderbetreuung (Kinderpflegerinnen, Erzieherinnen) und für junge, kurzfristig nach Ingolstadt versetzte Polizeibeamte. Zielrichtung des Projektes ist, so Anreize zu schaffen und eine persönliche Bindung dieser Berufsgruppen an unsere Stadt aufzubauen.

Die Stadt Ingolstadt kann damit einen wertvollen Beitrag zur positiven Entwicklung des Pflegebereichs und zur Gewinnung von Pflegepersonal u. a. leisten.

Für die CSU-Stadtratsfraktion

gez. Alfred Grob, MdL
Fraktionsvorsitzender

gez. Brigitte Mader
Ausschusssprecherin (SGSFA)

